

# Wahlkampf als Streit um Spielregeln

## Überall in Europa werden demokratische Prozesse neu verhandelt

Swen Hutter, Endre Borbáth und Guillem Vidal

**Summary:** Analyses of election campaigns in fifteen European countries show that the functioning and the design of democratic regimes have been increasingly subject to public debates since the global financial crisis in 2008 – to varying extent across the continent, though. In Southern Europe, for example, public debate included extremely polarized conflicts, which have resulted in a reconfiguration of the political sphere.

**Kurz gefasst:** Die Analyse von Wahlkämpfen in fünfzehn europäischen Ländern zeigen, dass das Funktionieren und die Ausgestaltung demokratischer Prozesse seit Beginn der globalen Finanzkrise 2008 stärker zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen werden. Dabei finden sich deutliche geografische Unterschiede. In Südeuropa etwa kam es zu extrem sichtbaren und polarisierten Konflikten, die zu einer Neukonfiguration des politischen Raums führten.

In den vergangenen Jahren drängten zunehmend Außenseiter auf die politischen Bühnen Europas. Die „Bewegungen der Plätze“ veränderten nach der Finanzkrise von 2008 Parteipolitik und -systeme in Südeuropa. Der Kampfruf der Indignados „Democracia Real Ya!“ (Echte Demokratie Jetzt!) hallte in den Wahlprogrammen von Podemos in Spanien, Syriza in Griechenland und dem italienischen Movimento 5 Stelle nach. Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien wie der Rassemblement National in Frankreich oder die Alternative für Deutschland (AfD) gewannen an Zulauf und Wählerstärke. Gleichzeitig protestierten Zehntausende in den Straßen Bukarests und anderer osteuropäischer Städte gegen grassierende Korruption und Klientelismus. Auch dort entstanden neue Parteien, die Forderungen nach demokratischen Reformen in Wahlkämpfen vertraten, wie die Union Rettet Rumänien (USR) oder Momentum in Ungarn.

Die Beispiele unterscheiden sich deutlich in der Organisationsform, ihrer ideologischen Ausrichtung sowie den sozialen Gruppen, die sie in den politischen Wettbewerb einbinden. Trotzdem verbindet sie ein zentrales Merkmal: ihre Kritik an der bestehenden institutionellen Ordnung. Sie stellen nicht nur Regelungen in einzelnen Politikfeldern wie der Wirtschafts- oder Einwanderungspolitik infrage; sie kritisieren auch das demokratische System als solches. Damit politisieren sie die Spielregeln etablierter Institutionen und Prozesse. Sie erhöhen die Sichtbarkeit von Demokratiefragen und erweitern das Spektrum an Akteur\*innen und Positionen im öffentlichen Diskurs. Dabei stehen sich die Forderungen der genannten Bewegungen oft diametral entgegen: Sie umfassen die Aufrufe nach der Stärkung deliberativer beziehungsweise partizipativer Demokratieformen, die Kritik an der Aushebelung demokratischer Entscheide durch europäische Institutionen bis hin zur fundamentalen Missbilligung von liberalen Prinzipien.

Wie weit geht die Politisierung von Fragen zur Demokratie in Europa und was sind deren Folgen? Sind diese Themen seit der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 tatsächlich häufiger Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen geworden? Wie sind die Positionen der Parteien zu Demokratiefragen eingebettet in das generelle Koordinatensystem der Politik? Verläuft der Konflikt entlang der klassischen ökonomischen Links-rechts-Dimension oder eher entlang einer dazu quer liegenden Dimension um Integration und Abgrenzung?

Das Buch „European Party Politics in Times of Crisis“, das wir zusammen mit Kolleginnen und Kollegen verfasst haben, liefert Antworten auf diese Fragen. In unserer Analyse stützen wir uns auf detaillierte Informationen über Themenschwerpunkte und Positionen von Parteien vor nationalen Wahlkämpfen in 15 europäischen Ländern von 2000 bis 2017. Als Quelle dient die Berichterstattung in nationalen Tageszeitungen. Mithilfe dieser Daten können wir zeigen, wie wichtig und sichtbar Demokratiefragen im Vergleich zu anderen Themen sind, wie polarisiert die Positionen zu solchen Fragen sind und in welchem Verhältnis sie zu den zentralen Konfliktdimensionen im Parteienwettbewerb stehen.

Die Ergebnisse bestätigen: Politische Parteien und besonders die Herausforderer der etablierten Kräfte haben das Funktionieren und die Ausgestaltung demokratischer Prozesse seit Beginn der globalen Finanzkrise 2008 stärker politisiert. Dabei finden wir deutliche geografische Unterschiede. Demokratiefragen

waren in den Jahren 2009 bis 2017 deutlich präsenter in den Wahlkämpfen Süd- und Osteuropas als im Nordwesten des Kontinents. In Zentral- und Osteuropa bezogen sich fast ein Drittel aller Forderungen der Parteien auf eine Kritik am demokratischen System, in Nordwesteuropa waren es nur weniger als zehn Prozent. Die Positionen der südeuropäischen Parteien sind gleichzeitig deutlich stärker polarisiert als in den anderen beiden Teilen Europas. Dies ist ein zentraler Befund, denn nur wenn Themen sichtbar und polarisiert sind, strukturieren sie den Parteienwettbewerb insgesamt. Die Unterschiede zwischen den drei Regionen sind zum einen darauf zurückzuführen, dass die Finanzkrise und die anschließende Eurokrise unterschiedliche Auswirkungen in den Ländern hatten. Aber auch langfristige Prozesse politischen Wandels, wie die Stärke der neuen sozialen Bewegungen in den 1970er- und 1980er-Jahren, und unterschiedliche Zeitpunkte der Demokratisierung spielen eine Rolle.

Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen auch, dass in Nordwesteuropa – und gerade in Deutschland – rechte Herausforderer wie die AfD an öffentlicher Aufmerksamkeit zugelegt haben. Gleichzeitig stellen sie mit ihrem populistischen Diskurs auch Grundpfeiler der Europa- und Einwanderungspolitik infrage. Dies hat die Bedeutung der quer zur klassischen Links-rechts-Dimension liegenden kulturellen Konfliktlinie zwischen Integration und Abgrenzung in diesem Teil Europas noch verstärkt. Dieser langfristige Strukturwandel der Politik in Nordwesteuropa – anders als im Rest des Kontinents – geht unseren Daten zufolge allerdings nicht einher mit einer starken Zunahme an expliziten Forderungen nach einer Reform der institutionellen Grundordnung. Die ausdrücklichen Forderungen, die es gibt, beziehen sich zudem größtenteils auf die Ausgestaltung des europäischen Institutionengefüges und nicht der nationalen Systeme im engeren Sinne.

Im Gegensatz zur Verstärkung langfristiger Trends in Nordwesteuropa hatten Europas Finanzkrisen weitreichende Folgen für die Politik in Südeuropa. Obwohl die Krise ihren Ursprung in der Wirtschaft hatte, dauerte es nicht lange, bis sich diese auf weitere Bereiche ausbreitete und so zu einer ausgewachsenen politischen Störung wurde. Von Geração à Rasca in Portugal über die Indignados in Spanien bis hin zu Aganaktismenoi in Griechenland hatten die Proteste in Südeuropa zwei gemeinsame Elemente: die Opposition gegen die strenge Austeritätspolitik der Europäischen Union und die Kritik an der politischen Klasse oder der „etablierten Politik“. Dies bereitete den Nährboden für neue politische Akteure, wie das Movimento 5 Stelle in Italien und Podemos in Spanien, aber sie belebte auch bestehende Parteien wie Syriza in Griechenland und den Linken Block in Portugal. Zwar unterschieden sich die Art und Weise, wie die auf der Straße geäußerten Missstände die Politik veränderten, von Land zu Land, doch gab es einen zugrunde liegenden Faktor in allen Ländern: eine Kluft in der Gesellschaft zwischen jenen, die den Status quo erhalten wollen, und solchen, die sich von der Politik zurückgelassen fühlen und dies durch die Unterstützung neuer politischer Kräfte zu überwinden suchen. Unsere Analysen zeigen, dass diese Spaltung zwischen „neuer und alter Politik“ zentral für die Neukonfiguration des politischen Raums in Südeuropa wurde. Dabei sind die Konflikte um Demokratiefragen eingebettet in die Auseinandersetzung um die Wirtschaftspolitik. Gemeinsam bilden sie die Basis für eine neue Bipolarität in den südeuropäischen Parteiensystemen. Darin stehen die neuen Kräfte mit ihren Forderungen nach mehr Demokratie und weniger Austerität vor allem der moderaten Rechten entgegen. Die moderate Linke ist unterschiedlich zu verorten – je nachdem, ob sie in Regierungsverantwortung ist oder nicht.

In den Demokratien Zentral- und Osteuropas sind Fragen zur institutionellen Ordnung, Korruptionsbekämpfung und der Rechenschaftspflicht von großer Bedeutung. Anders als in Südeuropa strukturieren diese Themen den Parteienwettbewerb weniger stark, da die Forderungen der Parteien deutlich weniger polarisiert sind. Die geringe Polarisierung hat zwei Gründe: Die allgemein hohe Volatilität in den Parteiensystemen behindert die Strukturierungsfähigkeit jeglicher politischer Themen; außerdem nehmen die Parteien ihre Position zu diesen Themen strategisch ein, das heißt abhängig von kurzfristigen Machtdynamiken. Das rumänische Parteiensystem ist ein Schlüsselbeispiel hierfür. Demokratiefragen und besonders der Kampf gegen die Korruption waren das



Swen Hutter ist stellvertretender Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und Lichtenberg-Professor für politische Soziologie an der Freien Universität Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

[swen.hutter@wzb.eu](mailto:swen.hutter@wzb.eu)



Andre Borbath ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Politische Soziologie der Freien Universität Berlin und Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. (Foto: Bernhard Ludewig)

[andre.borbath@wzb.eu](mailto:andre.borbath@wzb.eu)



Guillem Vidal ist Gastwissenschaftler des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung und Postdoc am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.  
*(Foto: Martina Sander)*

[guillem.vidal@wzb.eu](mailto:guillem.vidal@wzb.eu)

wichtigste Thema in allen untersuchten Wahlkämpfen. Die postkommunistische Nachfolgepartei Partidul Social Democrat (PSD) war oft die Zielscheibe dieser Konflikte und wurde von ihren Konkurrenten als „korrumpteste“ Partei angegriffen. Gleichzeitig ging die PSD während ihrer Zeit in der Opposition hart gegen den rechten Präsidenten Traian Băsescu vor. Die PSD beschuldigte Băsescu und die liberale Partei PDL (Partidul Democrat-Liberal), die damals an der Regierung war, „korrump und eine Bedrohung für die Demokratie“ zu sein. Nachdem sie in die Regierung eingetreten war, fand sich die PSD allerdings sofort auf der anderen Seite dieser Debatten wieder. Solche Dynamiken sind nicht allein auf Rumänien beschränkt, sie finden sich beispielsweise auch in den stärker strukturierten Parteiensystemen Ungarns oder Polens. So sei nur daran erinnert, dass auch die ungarische Fidesz ihre Rückkehr an die Macht 2010 einer Anti-Korruptionsbeziehungsweise Pro-Demokratie-Kampagne gegen die amtierende Regierung der linken Magyar Szocialista Párt (MSZP) verdankte.

Insgesamt ergibt unsere Analyse, dass die Demokratien Europas von immer mehr und immer vielfältigeren nationalen Konfliktkonstellationen geprägt sind, die teilweise einer hohen Dynamik unterliegen. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für etablierte Parteien und nationale politische Systeme, sondern gerade auch für das konsensorientierte System der Europäischen Union. Die EU scheint generell nicht gut gerüstet zu sein, politische Konflikte zu absorbieren und zu kanalisieren.

#### **Literatur**

*Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter (Hg.): European Party Politics in Times of Crisis. Cambridge: Cambridge University Press 2019.*

*Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter/Vidal, Guillem: „Old versus New Politics: The Political Spaces in Southern Europe in Times of Crises“. In: Party Politics, 2018, Jg. 24, H. 1, S. 10–22.*



*Straßenwahlkampf in Spanien: Der Anführer der linkspopulistischen Partei Podemos, Pablo Iglesias, schwört seine Anhängerinnen und Anhänger im März 2019 auf Veränderung ein. Gerade in Südeuropa spaltet sich die Gesellschaft – in jene, die den Status quo erhalten wollen, und jene, die neue politische Kräfte unterstützen. Das ist die Analyse von Swen Hutter, Endre Borbáth und Guillem Vidal im vorangegangenen Artikel. (Foto: Pierre-Philippe Marcou/AFP via Getty Images)*